

D-Stuttgart: Government services

OJ S 40/2013 26/02/2013

Contract notice

Services

Directive 2004/18/EC

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: LHS Stuttgart

Postal address: Eberhardstraße 61

Town: Stuttgart

Postal code: 70173

Country: Germany

E-mail: ausschreibungen.10120@stuttgart.de

Fax: +49 71121691270

Internet address(es):

General address of the contracting authority: <http://www.bieter.ehealth-evergabe.de/portal/>

Address of the buyer profile: <http://www.bieter.ehealth-evergabe.de/portal/>

Additional information can be obtained from:

the abovementioned address

Specifications and additional documents (including documents for competitive dialogue and a dynamic purchasing system) can be obtained from:

the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted: the abovementioned address

I.2. Type of the contracting authority

I.3. Main activity

General public services

I.4. Contract award on behalf of other contracting authorities

The contracting authority is purchasing on behalf of other contracting authorities: no

Section II: Object of the contract

II.1. Description

II.1.1. Title attributed to the contract by the contracting authority

2013/51/Bo/Ö-EU

II.1.2. Type of contract and place of performance or delivery

Services

Service category No 24: Education and vocational education services

Main site or place of performance: Stuttgart (Stadtgebiet), Deutschland.

NUTS code

II.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The notice involves a public contract

II.1.4. Information about framework agreement

II.1.5. Short description of the contract or purchase(s)

Durchführung einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung für Jugendliche und Junge Erwachsene nach § 16 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) i.V.m. § 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III).

II.1.6. CPV code(s)

75131000 Government services

II.1.7. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

II.1.8. Lots

This contract is divided into lots: no

II.1.9. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2. Scope of the procurement

II.2.1. Total quantity or scope

Durchführung einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung von Jugendlichen und Jungen Erwachsenen nach §16 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) i.V.m. §45 Abs.1 S.1 Nr.1 und 2 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III).

Vertragslaufzeit: 1 Jahr

Durchführungszeitraum: 29.7.2013 - 28.7.2014

Durchführungsort: Im Stadtgebiet Stuttgart.

II.2.2. Information about options

Options: yes

Description of options: Vertragsverlängerung um 12 Monate

II.2.3. Information about renewals

This contract is subject to renewal: yes

Number of possible renewals: 3

II.3. Duration of the contract or time limit for completion

Start 29.7.2013. Completion 28.7.2014

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions related to the contract

III.1.1. Deposits and guarantees required

III.1.2. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

III.1.3. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

III.1.4. Contract performance conditions

III.2. Conditions for participation

III.2.1.

Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions: Der Bieter/Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft erklärt hinsichtlich seiner Zuverlässigkeit und Gesetzestreue:

a) Ich versichere, dass ich

aa) den Verpflichtungen zur Zahlung von Löhnen und Gehältern, Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin und
bb) keine schwere Verfehlung u.a. der nachstehenden Art begangen habe:

— vollendete oder versuchte Bestechung, Vorteilsgewährung sowie schwerwiegende Straftaten, die im Geschäftsverkehr begangen worden sind, insbesondere Diebstahl, Unterschlagung, Erpressung, Betrug, Untreue und Urkundenfälschung.

— Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u.a. die Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, die Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die Aufrechnung von Ausfallentschädigungen sowie über Gewinnbeteiligung und Abgaben an andere Bewerber.

b) Mir ist bekannt, dass gemäß dem "Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit" in der aktuell gültigen Fassung in Verbindung mit der "Gemeinsamen Regelung zum Ausschluss von Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge bei illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften" vom 22. März 1994 vermutet wird, dass die erforderliche Zuverlässigkeit i.S.v. § 6 Abs. 5 Buchst. c VOL/A nicht besitzt, wer wegen illegaler Beschäftigung (§ 404 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 3 des Sozialgesetzbuches -Drittes Buch, §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, § 8 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung) zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 (zweitausendfünfhundert) EUR belegt worden ist.

Ich versichere, dass solche vorgenannten Strafen oder Bußen während der letzten 2 Jahre gegen mich nicht verhängt worden sind und ich mit keiner temporären Auftragssperre belegt worden bin.

c) Mir ist bekannt, dass ich mit Einführung und bei Anwendbarkeit eines allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrages für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch die in meinem Unternehmen eingesetzten Arbeitnehmer nicht unter den für sie jeweils geltenden Mindestentgelt-Regelungen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) entlohnen darf und alle weiteren aus dem AEntG mich treffenden Pflichten als Arbeitgeber zur Gewährung von Arbeitsbedingungen zu erfüllen habe. Mir ist bekannt, dass Unternehmen nach den Bestimmungen des AEntG für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit von der Teilnahme am Wettbewerb um öffentliche Aufträge ausgeschlossen werden können, wenn sie wegen eines Verstoßes mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 (zweitausendfünfhundert) EUR belegt worden sind. Das gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

d) Ich verpflichte mich, im Auftragsfall alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutze von personenbezogenen Daten und Sozialdaten zu treffen (§ 78a SGB X; § 9 BDSG). Mir ist bekannt, dass sämtliche der nachfolgenden technischen und organisatorischen Maßnahmen gesetzliche Mindestanforderungen darstellen.

aa) Der Auftragnehmer beachtet die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung. Er darf personenbezogene Daten und Sozialdaten (im Folgenden jeweils nur noch als „Daten“ bezeichnet) von Maßnahmeteilnehmern und Beschäftigten des Auftraggebers ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des

Auftraggebers verarbeiten. Der Auftragnehmer hat Daten zu berichtigen, zu sperren oder zu löschen, wenn der Auftraggeber dies verlangt.

bb) Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit Unbefugten der Zutritt zu seinen Datenverarbeitungsanlagen verwehrt ist. Entsprechende Räumlichkeiten sind im Regelfall abgeschlossen; die Vergabe von Schlüsseln wird ständig dokumentiert und kontrolliert.

cc) Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit seine Datenverarbeitungssysteme einschließlich der PC-Arbeitsplätze nicht von Unbefugten betreten oder genutzt werden können. Die Daten sind vor unbefugten Zugriffen Dritter sowie vor Computerviren etc. zu schützen.

dd) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die zur Benutzung seiner Datenverarbeitungssysteme berechtigten Personen ausschließlich auf diejenigen Daten zugreifen können, die ihrer jeweiligen sachlichen und fachlichen Zugriffsberechtigung unterliegen. Auf Daten von Maßnahmeteilnehmern und Beschäftigten des Auftraggebers dürfen nur mit der Durchführung der jeweiligen Maßnahme betraute Mitarbeiter des Auftragnehmers Zugriff haben.

ee) Der Auftragnehmer sichert zu, dass in der Kommunikation mit dem Auftraggeber Daten nur schriftlich oder per verschlüsselter e-Mail übermittelt werden.

ff) Der Auftragnehmer ist jederzeit in der Lage, zu überprüfen, welcher seiner Mitarbeiter auf Daten von Maßnahmeteilnehmern oder Beschäftigten der BA zugegriffen hat (Protokollierung).

gg) Auch bei der Beauftragung von Subunternehmern ist der Auftragnehmer jederzeit in der Lage, dem Auftraggeber nachzuweisen, welche Daten der Maßnahmeteilnehmer oder der Beschäftigten des Auftraggebers an den Subunternehmer übermittelt worden sind.

hh) Der Auftragnehmer kontrolliert, – unbeschadet seiner fortbestehenden vertraglichen Haftung gegenüber dem Auftraggeber – bei Subunternehmern, ob der Schutz der ihm anvertrauten Daten der Maßnahmeteilnehmer und Beschäftigten des Auftraggebers in gleicher Weise gewährleistet ist. Er hat den Auftraggeber unverzüglich über Datenschutzverstöße, die bei ihm selbst oder bei seinen Subunternehmern eingetreten sind, zu informieren.

ii) Der Auftragnehmer bestellt einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten, sofern die Voraussetzungen für eine Bestellung vorliegen (vgl. § 4f BDSG). Er benennt diesen dem Auftraggeber.

e) Ich verpflichte mich, sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Personen nicht die "Technologie von L. Ron Hubbard" anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten.

f) Ich verpflichte mich, Subunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Subunternehmer eine gleich lautende Erklärung mir gegenüber abgibt. Ich verpflichte mich, dem Auftraggeber auf Anforderung die Erklärung des Subunternehmers vorzulegen.

g) Ich bin mir darüber bewusst, dass eine falsche Angabe in den vorstehenden Erklärungen meinen Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat und von weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

h) Über mein Vermögen oder über das Vermögen der Mitglieder der Bietergemeinschaft wurde kein Insolvenzverfahren eröffnet oder beantragt bzw. ist dieser Antrag nicht mangels Masse abgelehnt worden.

III.2.2. Economic and financial ability

List and brief description of conditions: 1. Vorlage einer Bankerklärung (z.B. Bank-an-Bank-Auskunft) zur Überprüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens.

2. Vorlage einer Erklärung mit Angabe des in den letzten drei Jahren erzielten jährlichen Gesamtumsatzes.

III.2.3. Technical and professional ability

List and brief description of conditions:

Abgabe folgender Erklärung des Wirtschaftsteilnehmers:

1. Ich und/oder Mitglieder der Bietergemeinschaft habe(n) die ausgeschriebene und/oder eine vergleichbare Leistung bereits ausgeführt oder
2. Ich und/oder Mitglieder der Bietergemeinschaft verfüge(n) über die notwendige Fachkunde, weil das mit der Angebotserstellung und/oder der Ausführung bzw. der Leitung der Ausführung befasste Personal die ausgeschriebene und/oder eine vergleichbare Leistung bereits ausgeführt hat.
3. Ich und/oder Mitglieder der Bietergemeinschaft verfüge(n) bereits jetzt über das gesamte in der Leistungsbeschreibung geforderte Personal oder
4. Ich und/oder Mitglieder der Bietergemeinschaft werde(n) die Maßnahme/Beauftragung mit dem in der Leistungsbeschreibung geforderten Personal durchführen.

Nachweis der Technischen Leistungsfähigkeit erfolgt durch Angabe von Referenzen in den Angebotsunterlagen.

III.2.4. Information about reserved contracts

III.3. Conditions specific to services contracts

III.3.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession: no

III.3.2. Information about staff responsible for the performance of the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Type of procedure

IV.1.1. Type of procedure

Open

IV.1.2. Information about the limits on the number of candidates to be invited

IV.1.3. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

IV.2. Award criteria

IV.2.1. Award criteria

The most economically advantageous tender in terms of Criteria below

1. Leistung/Konzept. Weighting 70
2. Preis. Weighting 30

IV.2.2. Information about electronic auction

An electronic auction will be used: no

IV.3. Administrative information

IV.3.1. File reference number attributed by the contracting authority

2013000014

IV.3.2. Previous publication concerning this procedure

no

IV.3.3. Conditions for obtaining specifications and additional documents or descriptive document

Time limit for receipt of requests for documents or for accessing documents: 8.4.2013 - 12:00

IV.3.4. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

12.4.2013 - 12:00

IV.3.5. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.3.6. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German.

IV.3.7. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

until: 1.7.2013

IV.3.8. Conditions for opening of tenders

Date: 12.4.2013 - 12:00

Place: Official name: LHS Stuttgart

Postal address: Eberhardstraße 61

Town: Stuttgart

Postal code: 70173

Country: Germany

Persons authorised to be present at the opening of tenders: no

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

VI.2. Information about European Union funds

VI.3. Additional information

Es gilt Deutsches Recht

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden- Württemberg

Postal address: Karl-Friedrich-Straße 17

Town: Karlsruhe

Postal code: 76133

Country: Germany

VI.4.2. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures: Antrag auf Nachprüfungsverfahren ist bei der Vergabekammer Baden-Württemberg zu stellen. Auf die Fristen des §107 GWB wird besonders hingewiesen. Der Antrag auf Nachprüfungsverfahren ist bis spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen.

VI.4.3. Service from which information about the review procedure may be obtained

VI.5. Date of dispatch of this notice

22.2.2013

